

14/SN-2/ME 1 von 3

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf(Präs) - 300227/6 - G1

Linz, am 18. März 1987

DVR.0069264

Bundesgesetz, mit dem das Film-
förderungsgesetz geändert wird;
Entwurf - Stellungnahme

An das

Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 W i e n

RUMI GESETZENTWURF	
Z.	2 - GE 97
Datum: 20. MRZ. 1987	
Verteilt	20.3.87 Jc

L. Bauer

In der Beilage werden 25 Mehrabdrucke der h. Stellungnahme
zu dem vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport
versandten Gesetzentwurf übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:
Im Auftrag

Dr. L i n k e s c h

25 Beilagen

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]

Amt der o.ö. LandesregierungVerf(Präs) - 300227/6 - G1

Linz, am 18. März 1987

DVR.0069264

Bundesgesetz, mit dem das Film-
förderungsgesetz geändert wird;
Entwurf - Stellungnahme

Zu Zl. 13.584/5-III/9/86 vom 7. Jänner 1987

An das

Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Sport

Minoritenplatz 5
1014 W i e n

Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, zu dem mit der
do. Note vom 7. Jänner 1987 versandten Gesetzentwurf wie
folgt Stellung zu nehmen:

Das Änderungsvorhaben verfolgt die Zielsetzung einer deut-
lichen Verbesserung gegenüber der geltenden Rechtslage. Im
Kern geht es um eine Erweiterung der Förderungsaufgaben des
Fonds. So wird nunmehr der kaufmännische Aspekt, wie die
Verbreitung und die marktgerechte Auswertung und Verwertung
der Filme, in die Förderung einbezogen. Auch das verstärkte
Hinwirken des Fonds auf Beratung, Hilfestellung, Kooperation
und Austausch von Erfahrungen wird begrüßt.

Zu Z. 4 (5 6 Abs. 4):

Der Wegfall des Dirimierungsrechtes des Vorsitzenden er-
scheint gerechtfertigt. Allerdings sollte im Hinblick auf
die Erweiterung der Mitgliederzahl der Auswahlkommission das
Präsenzquorum für deren Beschlußfähigkeit von mindestens
drei auf mindestens vier Mitglieder plus den Geschäftsführer
erhöht werden.

- 2 -

Zu Z. 8 (§ 11 Abs. 8):

Die beim Verfahren zur Nachsicht von der österreichischen Staatsbürgerschaft vorgesehenen unbestimmten Gesetzesbegriffe ("in künstlerisch und sozial begründeten Ausnahmefällen") dürften in der Vollzugspraxis Konflikte heraufbeschwören. Da diese Bestimmung dem Grundsatz der Förderung des österreichischen Filmes entgegenzuwirken scheint, sollten für die Nachsichtserteilung näher bestimmte, nicht auslegungsbedürftige Voraussetzungen normiert werden, wobei freilich die Ermessensübung beibehalten werden sollte.

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:
Im Auftrag

Dr. L i n k e s c h

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

